

Mit neuen Mehrheiten verantwortlich umgehen

Beschluss der Mitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kreisverband Dresden am 28. 05. 2014

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Dresden können nach dem Ausgang der Stadtratswahl am 25. Mai 2014 feststellen: Trotz einer schwierigen Ausgangslage und stärkerer Konkurrenz haben wir unser Wahlergebnis im Vergleich zu 2009 steigern können und das bisher beste Kommunalwahlergebnis in Dresden erzielt. Wir haben unsere selbst gestellten Wahlziele vollständig erreicht. Das ist sowohl einem engagierten Wahlkampf als auch einer erfolgreichen Arbeit von Fraktion und Partei zu verdanken. Die GRÜNE Stellung als 3. Kraft mit 11 Mandaten im Stadtrat wurde gestärkt. Ohne uns GRÜNE wird es keine politische Mehrheitsbildung im Stadtrat geben.

Die Dominanz der CDU im Dresdner Stadtrat ist beendet. Die Politik der Oberbürgermeisterin Helma Orosz hat keine Mehrheit mehr. Das eröffnet die Chance auf eine veränderte Stadtpolitik, für die wir den Wählerinnen und Wählern und allen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben, danken.

Wir GRÜNE sehen dieses Wahlergebnis als große Chance und als Verpflichtung, unsere GRÜNEN Ziele nach Kräften durchzusetzen. Wir werden im kommenden Jahr bei der Bürgermeisterwahl auch auf Veränderungen an der Verwaltungsspitze hinarbeiten. Die Wahlgewinner stehen in der Verantwortung, eine neue Mehrheit zu bilden.

Wir wollen mit unseren 13 Schlüsselprojekten eine Politik realisieren, die Stadtentwicklung ökologisch und sozial ausrichtet. Offene Probleme, wie die Neuorientierung in Verkehrs- und Energiepolitik, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Realisierung wohnortnaher, guter Bildung sowie guter Kulturangebote müssen zügig angegangen werden. Für uns ist der Maßstab, dass mit den neuen Mehrheiten auch ein neuer Politikstil in der Stadt möglich wird.

Wir sind bereit, in Gespräche über eine stabile Mehrheit für die nächsten fünf Jahre ohne die CDU zu gehen. Dafür müssen LINKE, GRÜNE, SPD und Piraten nach Wegen für eine verbindliche Zusammenarbeit suchen. Es ist jetzt an der LINKEN, zu zeigen, dass sie sich von ihrer bisherigen Politik der Fundamentalopposition verabschiedet und eine gestaltende Rolle in der Stadt einnehmen will. SPD und Piratenpartei müssen sich entscheiden, ob sie für einen solchen Politikwechsel zur Verfügung stehen.